

Presseerklärung

23. November 2011



Deutscher Richterbund

Verein der Richter und
Staatsanwälte
in Baden-Württemberg e.V.

Keine Kürzung bei Richtern und Beamten

Aktuelle Pläne zur Kürzung der Besoldung bedeuten erneut ein rechtswidriges Sonderopfer einer einzelnen Berufsgruppe

Der aktuelle Versuch der Landesregierung, Richtern und Beamten die gesetzliche beschlossene Gehaltserhöhung teilweise zu nehmen und andere versteckte Gehaltskürzungen vorzunehmen, ist rechtswidrig. Die Besoldung muss an der allgemeinen Gehaltsentwicklung teilhaben. Schon die bislang im Gesetz verankerte Erhöhung gleicht nicht einmal die Inflation aus. Mit der beabsichtigten Kürzung wird diese Rechtswidrigkeit verstärkt. Eine Reihe von Verwaltungsgerichten in Deutschland hat bereits die Verfassungswidrigkeit der Besoldung festgestellt. Die Konsolidierung des Haushalts darf nicht einseitig auf dem Rücken einer Gruppe erzwungen werden. Richter und Staatsanwälte üben ihren Beruf im Interesse der gesamten Bevölkerung aus. Sie leisten gute Arbeit. Ihnen das Gehalt zu kürzen ist nicht sozial, sondern ein rechtswidriges Wegnehmen.

Seit Jahren beklagt der Verein der Richter und Staatsanwälte die zu geringe Besoldung. Dennoch weigert sich die aktuelle Politik, das Notwendige zu tun. „Wer bei steigenden Einnahmen gerade dem Teil seines Personals, das nicht streiken kann, das Gehalt kürzt, handelt nicht sparsam schwäbisch sondern einfach nur schäbig“, sagte Matthias Grewe, der Vorsitzende des Vereins der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg.

Landtag und Landesregierung dürfen die Richter und Beamten nicht als Steinbruch für Ihre Politik missbrauchen. Sonst werden die klugen Köpfe nicht mehr zum Staat kommen, und die jetzt für die Justiz Tätigen werden nicht mehr die ständige Überbelastung hinnehmen können.

Kontakt: Matthias Grewe 07542/519-132, 0170/8637234

Der Verein Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg e.V. ist Mitglied in Deutschen Richterbund. Er ist mit mehr als 1.600 Mitgliedern die stärkste Berufsvertretung von Richtern und Staatsanwälten in Baden Württemberg